

Volkshilfe-Umfrage: Schlechtes Zeugnis für die Regierung bei Pflege Themen

UT: Hälfte der Bevölkerung schaut mit Sorge in die Pflegezukunft

Im Moment vergeht kaum ein Tag ohne Schreckensmeldung aus dem Gesundheitswesen. Überfüllte Spitalsambulanzen, überfordertes Gesundheitspersonal und gesperrte Stationen gehören mittlerweile zum Alltag. Vor diesem Hintergrund laufen die politischen Gespräche zur Pflegereform, und über die nötigen Steuermittel wird in den Verhandlungen zum Finanzausgleich verhandelt.

Für den Präsidenten der Volkshilfe Österreich Ewald Sacher „müssen alle Akteur*innen den Ernst der Lage erkennen. Von gegenseitigen Schuldzuweisungen und Klientelpolitik haben wir in den vergangenen Jahren leider zu viel gehört. Dabei haben sich einzelne Akteur*innen immer wieder sehr bemüht, aber das System war bisher stärker. Aber wenn wir keine Zustände wie in England haben wollen, dann braucht es jetzt den großen Wurf.“ Wie prekär die Menschen in Österreich die Situation einschätzen, zeigt die aktuelle Umfrage.

Neue Volkshilfe-Umfrage zu Pflege Themen von SORA

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch, die maximale Schwankungsbreite liegt bei +/- 3,1%. Im März wurden die Menschen zu ihren Einstellungen zu aktuellen Pflege Themen befragt.

Die Hälfte der Bevölkerung schaut nach wie vor mit Sorge in die Zukunft der Pflege in Österreich

Derzeit sehen 5 von 10 Menschen in Österreich (50%) der eigenen Zukunft und der ihrer Angehörigen in Bezug auf die Pflege eher mit Sorge entgegen. Dieser hohe Anteil hat sich seit der letzten Befragung im Jahr 2022 kaum verändert (51%). Im Jahr 2020 lag der Anteil besorgter Menschen dagegen noch bei 42%. Im gleichen Ausmaß hat auch die Zuversicht in Bezug auf die Zukunft der Pflege in Österreich abgenommen: von 28% im Jahr 2020 auf 19% in den Jahren 2022 und 2023. Die Sorgen steigen, die Zuversicht nimmt ab.

Mit zunehmendem Alter steigt die Sorge und sinkt die Zuversicht in Bezug auf die eigene Pflege und jene der Angehörigen. Bei jenen Personen, die aufgrund ihres Alters mit der aktuellen Pflegesituation konfrontiert sind bzw. diese im Alltag erleben, ist die Sorge am stärksten ausgeprägt: Von den älteren Menschen ab 75 Jahren blicken 63% mit Sorge in die Pflegezukunft. Es lässt sich auch ein Geschlechterunterschied feststellen. Frauen (55%) äußern deutlich häufiger Sorge bezüglich der zukünftigen Pflegesituation als Männer (44%).

Darüber hinaus blicken auch Menschen mit geringem Einkommen mit größerer Sorge und geringerer Zuversicht in die Zukunft der Pflege: 63% der Menschen mit einem Netto-Haushaltseinkommen unter 1500€ äußern Sorge und nur 11% Zuversicht. Jene Menschen, die sich Pflegeleistungen zur Not auch selbst finanzieren können, blicken

etwas zuversichtlicher in die Zukunft, aber selbst in dieser Gruppe überwiegt die Sorge deutlich: 47% der Menschen mit einem Netto-Haushaltseinkommen über 3500€ äußern Sorge, 33% Zuversicht.

Höheres Engagement der Regierung zur Sicherstellung guter und leistbarer Pflege dringend erforderlich

Mittlerweile stufen mehr als zwei Drittel der Menschen in Österreich (68%) die derzeitigen Aktivitäten der Regierung im Pflegebereich als nicht ausreichend ein, um in Zukunft eine gute und leistbare Pflege für alle Menschen sicherzustellen. Der Anteil jener Menschen in Österreich, die die Arbeit der Regierung im Pflegebereich kritisch sehen, ist in den letzten beiden Jahren gestiegen: Im Jahr 2021 lag der Anteil jener, die die Maßnahmen der Regierung als nicht ausreichend einstufen noch bei 63%. „Spätestens bei diesen Werten müssen alle Alarmglocken schrillen“, so der Direktor der Volkshilfe Österreich Erich Fenninger bei der Präsentation der Umfrage.

Deutliche Mehrheit sieht Pflege- und Betreuungsberufe als unattraktives Berufsfeld

Mit dem düsteren Blick auf die eigene Pflegezukunft und der Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung im Pflegebereich korrespondiert auch ein negativer Blick auf die Attraktivität von Pflege- und Betreuungsberufen: Mehr als jede*r zweite Österreicher*in (57%) sieht in den Pflege- und Betreuungsberufen derzeit kein attraktives Berufsfeld. Die negative Einschätzung findet sich quer durch alle Altersgruppen, auch unter den jungen Menschen (15 bis 29 Jahre), die für die Sicherung der Pflege in der Zukunft eine besonders bedeutsame Gruppe darstellen. „Dabei ist die Pflege und Betreuung von Menschen, der direkte Kontakt mit ihnen, eine sehr schöne Aufgabe. Das betonen die Mitarbeiter*innen immer wieder. Aber die ständige Zeitnot, auch aufgrund der fehlenden Mitarbeiter*innen, macht ihnen zu schaffen“, so Präsident Sacher.

Überwältigende Zustimmung zu Gehalt während der Ausbildung zu Pflegeberufen und dauerhaftem Gehaltsbonus für Pflegekräfte

Der Sorge um die Zukunft der Pflege, der kritischen Beurteilung der Regierungsarbeit in diesem Bereich und der negativen Einschätzung der Attraktivität von Pflege- und Betreuungsberufen stehen eine umso deutlichere Zustimmung zu Verbesserungen in der Ausbildung und Entlohnung von Pflegekräften gegenüber. Der Forderung nach einem Gehalt während der Ausbildung zu einem Pflegeberuf – vergleichbar jenem während der Polizeiausbildung – stimmt eine überwältigende Mehrheit der Österreicher*innen (94%) zu. Für Direktor Fenninger eine klare Bestätigung der Volkshilfe Forderung nach einem Maßnahmenpaket für die Pflegeberufe, dass auch bundesweit ein solches Gehalt während der Ausbildung umfasst.

Darüber hinaus ist auch die Zustimmung zu einer dauerhaften Erhöhung der Entlohnung von Pflegekräften sehr hoch: Der Forderung, dass der Gehaltsbonus, den die Bundesregierung den Ländern für die Jahre 2022 und 2023 zur Verfügung gestellt hat, dauerhaft ausbezahlt werden soll, stimmen 84% der Österreicher*innen zu. Frauen, die besonders häufig in Pflegeberufen arbeiten und auch überwiegend die Pflege von Familienangehörigen übernehmen, stimmen dieser Forderung mit 87% noch häufiger zu als Männer (81%).

Abschließend halten Fenninger und Sacher fest: „Die Pflege- und Betreuungsberufe stehen heute in Konkurrenz mit vielen anderen Branchen, die ebenfalls dringend

Arbeitskräfte suchen. Daher braucht es jetzt rasches Handeln, um die Arbeitsplätze attraktiver zu machen. Das beginnt bei einer bezahlten Ausbildung, einer dauerhaften Entgelterhöhung vor allem im mobilen Bereich, und bei besseren Pensionsregelungen. All das muss auch in den Finanzausgleichsverhandlungen berücksichtigt werden.“

Wie kann der Personalbedarf gedeckt werden?

Der Personalbedarf in der Pflege bis 2030 beträgt rund 90.900 Personen (82.700 DGKP, PFA, PA und 8.200 Heimhilfen). Eine enorme Zahl, die nur durch einen kurz- und längerfristigen Mix an Maßnahmen zu lösen sein wird. Denn aufgrund des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften ist die Konkurrenz mit anderen Branchen noch größer geworden. Daher gilt es, die Attraktivität der Berufe zu steigern.

Bei der Volkshilfe arbeiten rund 5 500 Menschen im Bereich der Pflege und Betreuung, vorrangig im mobilen Bereich. Hier fehlen über alle Berufsgruppen hinweg aktuell rund 400 Mitarbeiter*innen, Tendenz steigend.

- **Gehalt während der Ausbildung**
Eine einheitliche Bezahlung für die Ausbildung, ähnlich wie bei der Polizei (rund 1800 brutto), ist ein sicherer Weg, um mehr Menschen für die Pflege- und Betreuungsberufe zu interessieren. Auch Umsteiger*innen würde das Angebot die Entscheidung erleichtern.
- **Dauerhafte Entgelterhöhung**
Der Pflegebonus muss langfristig über den Finanzausgleich gesichert und als Gehaltsbestandteil ausbezahlt werden.
- **Verbesserung der Rahmenbedingungen**
Die Pflegeberufe müssen einen Zugang zur Schwerarbeitspension erhalten. Und die Ausbildungszeiten zu Pflege- und Betreuungsberufen sollen auch als Versicherungszeiten anerkannt werden, sie stellen einen großen Teil der Praxisausbildung dar.
- **Zuwanderung mit Rot-Weiß-Rot-Karte**
Mit dem Aufenthaltstitel "Rot-Weiß-Rot – Karte" wurde ein System qualifizierter Zuwanderung für Drittstaatsangehörige (Personen, die weder EU-Bürgerinnen/EU-Bürger noch sonstige EWR-Bürgerinnen/sonstige EWR-Bürger noch Schweizerinnen/Schweizer sind) geschaffen. Aber die derzeitigen Regelungen sind eher abwehrend als einladend. Die Menschen brauchen eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem Mangelberuf laut Verordnung, ein verbindliches Arbeitsplatzangebot in Österreich, und das Unternehmen muss bereit sein, ein entsprechendes Gehalt zu zahlen. Und es gilt, in einem Einstufungsverfahren mindestens 55 Punkte zu erreichen, da geht es um das Alter, das Sprachniveau, und die Vorerfahrung. Wenn ich all diese Hürden gemeistert habe, darf ich gerade 2 Jahre in Österreich bleiben.

Wenig überraschend, dass die 2011 eingeführte Rot-Weiß-Rot Karte bisher ein Flop war. **Nur 7.080 Personen** hatten Anfang 2023 eine solche Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Daher braucht es dringend eine weitere Reform der Rot-Weiß-Rot Karte, damit Österreich im internationalen Wettbewerb bestehen und Arbeitskräfte nach Österreich holen kann.

Und noch ein Potenzial lässt Österreich liegen: Derzeit ist kein Umstieg vom Asylverfahren in die Rot-Weiß-Rot Card im Inland möglich – nur in ganz seltenen Ausnahmefällen. Sowohl AMS-Chef Johannes Kopf als auch Wirtschaftskammer Generalsekretär Karlheinz-Kopf und Sepp Schellhorn – sie alle sprechen sich dafür aus, so einen Umstieg möglich zu machen.

Generell sollte eine Ausbildung im Pflege- und Betreuungsbereich allen Asylwerber*innen offen stehen - und dann eben auch einen Umstieg in die RWR Card ermöglichen. Derzeit werden Menschen abgeschoben, die so wie Mutter und Tochter in Haslach eine Pflegeausbildung machen. Das ist unverständlich.

Auch eine Beschleunigung und Vereinfachung braucht es bei den Verfahren zur Berufsankennung für Interessierte aus Drittstaaten, der sogenannten Nostrifikation. Die Situation ist höchst unübersichtlich, Informationen sind nicht gut zugänglich und es bestehen bürokratische Hürden verbunden mit hohen Kosten.

- **Angehörige entlasten**

Auch auf dem größten Pflegedienst des Landes, den pflegenden Angehörigen, lastet enormer Druck. Im Task Force Bericht werden leistbare Entlastungs- und psychosoziale Unterstützungsangebote angeführt. Hier gilt es, die Finanzierung der vielen Projekte sicherzustellen und den flächendeckenden Ausbau von teilstationären Einrichtungen in Angriff zu nehmen. **Auch das muss Teil der Finanzausgleichsverhandlungen sein.**

Österreichs Pflegesektor deutlich kleiner

Österreich hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen deutlichen Aufholbedarf im Pflegesektor. Während in Österreich durchschnittlich 16 Pflegekräfte auf 1.000 Einwohner:innen kommen, sind es im Spitzenreiter Norwegen 36 Pflegekräfte. Die Auswertung umfasst praktizierende Krankenpfleger:innen, Hebammen, Personenbetreuer:innen und sonstige Pflegeassistent:innen.

Pflegenotstand langfristig lösen: Mehr Steuergeld in Pflege investieren

Schon 2021 waren 85% der Befragten im Volkshilfe Sozialbarometer dafür, dass in Zukunft deutlich mehr Steuergeld zur Finanzierung der Pflege verwendet werden soll. Damit hat die Politik jede Menge Verständnis in der Bevölkerung, um die enorme Herausforderung im Zuge der anstehenden Pflegereform zu lösen. Mehr Geld bedeutet vor allem, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen verbessern zu können und mehr Zeit für Patient*innen zu haben. Im internationalen Vergleich gibt Österreich nur 1,9% des BIP für Pflege aus, vergleichbare Länder wie Dänemark 2,5% und die Niederlande sogar 3,5%. (Quelle: BMASGK 2019 „Zukünftige Finanzierung der Langzeitpflege“)

Finanzausgleichsverhandlungen als Hebel

Wie schon von Sozialminister Rauch angekündigt, sind die Verhandlungen zum Finanzausgleich ein guter Hebel, um Elemente der Zielsteuerung für den Pflegebereich einzubauen. Ziele für den Ausbau von teilstationären Einrichtungen, eine Mindestquote an geförderten Stunden für die mobile Betreuung und Qualitätskriterien sind

Maßnahmen, die der Bund mit den Ländern vereinbaren könnte. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einem Pflegesystem der Zukunft, das von den Bedürfnissen der Menschen ausgehend entwickelt wird, und die Kompetenzen, Ressourcen und Finanzströme darauf ausgerichtet werden. „Hier kann Sozialminister Rauch auf unsere Expertise und auch unsere volle Unterstützung vertrauen“, so Fenninger und Sacher abschließend.

Für Rückfragen:

Erwin Berger, MAS
Leiter Kommunikation Volkshilfe Österreich
M: +43 676 83 402 215
E: erwin.berger@volkshilfe.at

Wien, 11. Mai 2023